

Erscheint wöchentlich Freitags.  
Zu beziehen nur durch die Post  
zum Preise von 1,20 M., fürs  
Ausland 1,50 M. vierteljährlich.

Inserate kosten 30 Pfennig pro  
3gepaßte Seitenheile.  
Bei Wiederholungen entsprechender Rabatt.

# Sattler- und Portefeuiller-Zeitung

Organ zur Wahrnehmung der Interessen aller in der Sattlerei und der gesamten Lederwarenindustrie und deren Nebenbetrieben beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

Nr. 2 - 28. Jahrgang

Verlag und Redaktion: Berlin 50. 16, Brüderstraße 10b - Telefon: Amt Moritzplatz, 2120

Berlin, den 9. Januar 1914

Inhalt: Beitragzahlung. — Streitnotizen. — Sozialpolitik und soziale Zonen. — Die Altegen und die Spinnen. — Politik und Gewerkschaften. — Überholte und Arbeitslosigkeit. — Gewaltmoral in der Eisenbahn-Lederwarenindustrie. — Hamburger Brief. II. — Aus Industrie und Handel. — Aus anderen Organisationen. — Soziales. — Kundschau. — Einladungen der Verwaltungsstellen. — Bekanntmachungen des Centralvorstandes. — Sterbetafel. — Adressänderungen. — Versammlungskalender. — Anzeigen.

Für die Woche vom 11. bis 17. Januar ist der 3. Verbandsbeitrag fällig. Wer länger als fünf Wochen mit seinen Beiträgen im Rückstand ist, kann keinerlei Unterstützung aus der Verbandskasse erhalten.

Die für die nächste Nummer bestimmten Artikel müssen spätestens Sonnabend Nachmittag in Händen der Redaktion sein.

## Achtung! Kollegen! Achtung!

Aus Zweckmäßigkeitsgründen werden die Kollegen in ihrem eigenen Interesse erachtet, bei Arbeitsannahme in anderen Städten sich zuvor bei der dortigen Ortsverwaltung zu erkundigen.

Bern (Schweiz). Hier stehen die Sattler wegen Nichterfüllung ihrer Forderungen im Streit. Zugang ist fernzuhalten!

Paris. Die Ausperrung der Militärsattler dauert noch fort, weshalb die Kollegen dringend ermahnt werden, keine Militärarbeit in Paris anzunehmen.

## Sozialpolitik und soziale Lasten.

Seit einigen Jahren wendet sich das deutsche Scharfmachertum immer energischer gegen unsere Sozialpolitik, deren Kosten als eine unerträgliche Last bezeichnet werden, unter der das Unternehmertum ichtlichlich zusammenbrechen müsse. Die übertriebene Arbeiterfürsorge, so jammert man, sei bereits zu einem Hemmschuh einer geistlichen Entwicklung unseres Wirtschaftslebens geworden, und wenn dem Automobiltempo unserer sozialen Gesetzgebung nicht Einklang getan werde, so müsse das Unternehmertum seinen Konkurs anmelden und die Bude zu machen. Diese ganze Hecke giebt in der Verteilung, die ein Scharfmachertöldling neulich in einer Versammlung vertrat: „Es muß mit der sozialpolitischen Gesetzgebung in Deutschland auf lange hinaus Schluß gemacht werden!“ Dieser Ruf wird besonders an die Regierungen und die Parlamente gerichtet, damit sie von einem Ausbau der Sozialversicherung Abstand nehmen, und als Eideshelfer läßt das Scharfmachertum eine Reihe von Professoren und Ärzten aufmarschieren, die unter der Flagge von Sachverständigen antisoziale, kapitalfreundliche Grund-

jähe vertreten, wobei sie es mit der Wahrheit — man vergleiche das Buch des Professors Bernhardi — nicht allzu genau nehmen. Aber darauf kommt es auch gar nicht an, die Hauptthese ist, daß in weiteren Kreisen gegen die deutsche Sozialpolitik Stimmung gemacht wird.

Die Gründe, die diese sogenannten Männer der Theorie und Praxis vorbringen, sind sehr jadescheinig. Abgesehen von ihrer Behauptung, daß die Arbeiter trotz aller staatlichen Fürsorge keine dankbare Gesinnung bewiesen, sondern immer staatsfeindlicher und begehrlicher würden, ist es besonders folgender Grund, den sie ins Feld führen: Die Sozialpolitik zeitigt, je länger, desto mehr, unliebsame und unerwünschte Folgen, denn durch die fortwährende Zunahme der Arbeiterfürsorge erleidet die Arbeiterschaft großen Schaden an ihrem Charakter, infolfern sie das Gefühl der eigenen Verantwortlichkeit für sich und ihre Familie verliert und gleichzeitig ein Renteufieber und ein Simulantentum schlimmster Sorte groß zieht. Dass die sozialmoralischen Befürchtungen Seitenblätter sind, die vor jedem Zuspruch zerplatzen, liegt uns der eigenen Verstand und die Beobachtung des täglichen Lebens, so daß sie eigentlich kaum einer ausdrücklichen Widerlegung bedürftig hätten. Zu Wirklichkeit sind diese angeblichen Gründe auch nur nebenächlicher Art; sie haben nämlich den Zweck, den wahren Grund dekorativ zu verschleiern und die öffentliche Meinung auf eine falsche Fährte zu führen. Der wahre Grund, weshalb das Scharfmachertum gegen die Sozialpolitik Sturm läuft, ist rein materieller Art: man will einfach die Kosten der sozialen Versicherung sparen und das schöne Geld in die eigene Tasche stecken. Da man sich aber schämt, dieses Geldbeutelinteresse offen zu vertreten, verbirgt man sich hinter einer Kultus von Scheingründen und heuchlerischen Redensarten.

Diese Taktik ist sehr durchsichtig und in der Tat haben auch die unparteiischen Sozialpolitiker aus bürgerlichem Lager die wirkliche Absicht jener Kreise erkannt. Darum haben sie, unter Beiseiteziehung aller Nebenächlichkeiten, die Kernfrage so gestellt: „Ist es wahr, daß das deutsche Unternehmertum die sozialen Lasten fernerhin nicht mehr tragen kann, und ist es wahr, daß die Rentabilität, der verfunkte Ertrag des deutschen Industriekapitals ohne soziale Gesetzgebung höher sein würde, als dies heute der Fall ist?“ Beide Fragen sind von Kennern der Verhältnisse verneint worden. Wenn die sozialen Lasten wirklich eine Schädigung der deutschen Industrie mit sich brächten, lejen wir in einem Artikel, der von einem bürgerlichen Sozialpolitiker herührt, so müste doch zweifellos auch in der Entwicklung der Industrie schon früher ein Rückgang zu verzeichnen gewesen sein. Überall aber hat sich erfreulicherweise ein Aufschwung vollzogen. Die Einkommensstatistik beweist, daß trotz der sozialpolitischen Lasten die Industrie bedeutende Reichtümer geschaffen hat; es ist dies also ein Beleg dafür, daß

es der Industrie doch möglich gewesen sein muß, entweder die Lasten abzumüllen oder aus den Lasten doch noch, wenn auch nicht direkte privatkapitalistische Vorteile, so doch allgemeine Vorteile zu ziehen, die im letzten Effekt aber doch wiederum eine Erhöhung der Rentabilität des in der Industrie angelegten Kapitals darstellen. Das gesamte versteuerte Einkommen stieg in Preußen von 5961 Millionen im Jahre 1892 (Steuerreform) auf 15.210 Millionen im Jahre 1912. Das deutsche Nationalvermögen hat sich in den letzten 30 Jahren mindestens verdoppelt. Bankdirektor v. Gwinner schätzt es auf 300 Milliarden, während Arnold Steinmann-Bucher es sogar auf 350 Milliarden schätzt. Geheimer Berater Kleine, der Präsident der Dortmunder Handelskammer, stellt in seiner Rede bei der Jubiläumsfeier ihres 50jährigen Bestehens einige interessante vergleichende Zahlen für England und Deutschland auf. Auch aus diesen Zahlen geht nicht hervor, daß die Lasten der sozialen Versicherung in Deutschland die deutsche Industrie durch ihre Opfer erdrückt oder aber ihre Entwicklung irgendwie gehemmt hätte. Man wird zugeben müssen, daß gerade die Dortmunder Handelskammer einen Kreis der deutschen Industrie vertritt, der in hohem Maße an den Lasten der sozialen Versicherung beteiligt sein wird. Trotz allem aber ist das Bild der Entwicklung der dem Kammertreib angehörigen Industrie ein hervorragendes. Ganz derzelben Ansicht sind alle unparteiischen Beurteiler, weshalb man endlich einmal mit dem öden Geschwätz, die deutsche Industrie stehe dicht vor dem Ruin, aufhören sollte.

Zu einer ganz interessanten Weise geht der Verwaltungsdirektor Dr. C. Köhler in Hamburg, ein gut sozialistisch geführter Mann, diesem Reichsvater zu Leibe. Dieser Verfiedungs-fachmann weist in der „Kölnerischen Zeitung“ übergangsweise nach, daß die Bekämpfung der Sozialpolitik von falschen Voraussetzungen ausgeht und mit Scheingründen arbeite. Zunächst sei es irreführend, die Kosten der Unfallversicherung einfach der Sozialpolitik aufs Konto zu legen, denn die Versicherung gegen Unfälle im Betriebe sei an die Stelle der Haftpflicht getreten und bedeute eine Belastung, die jeder Betrieb mit sich bringe. Das ist auch ganz richtig, dann wenn in einem Betriebe Unfälle vorkommen — meistens tragen die mangelhaften Schutzvorrichtungen die Schuld hieran —, so muß der Betriebsinhaber selbstverständlich für die Folgen aufkommen. Das muß jeder Privatmann, warum sollte denn ein Unternehmer anders behandelt werden?

Einen guten Trumpf spielt der Artikel-schreiber aus, indem er die Befämpfer der Sozialpolitik darauf aufmerksam macht, daß auch noch andere Leute für das allgemeine Wohl Opfer bringen, indem sie durch ihre Steuern mit zu den Kosten der Sozialversicherung beitragen. Die Industrie und die Landwirtschaft sind mit Erfolg für den „Schuß der nationalen

"Arbeit" empfiehren, und das ganze deutsche Volk mit; offiziell der Industrie und Wirtschaft optimieren, damit das industrielle und kommerzielle Unternehmertum auf die Gedanke kommt. Daß nun kommt noch daran, dieses Unternehmertum es fertig gebracht hat, die sozialen Kosten auf die Preise ihrer Waren aufzubringen und damit auf die Masse der verarmten abzuwählen. Es verdient auch noch erwähnt zu werden, daß die Zahlen, die für die Arbeiterversorgung aufgewandt werden, indirekt wieder den Unternehmern zugute kommen, da die Günterländer dieser Zahlen, die Arbeiter, das Geld nicht in ihren Taschen behalten, sondern es für ihren Lebensunterhalt ausgeben. Eine Zwecksetzung durch eine gute Sozialversicherung die Gesamtfaustkraft eines Volkes, und welche Vorteile die Volkswirtschaft davon reicht, braucht wohl nicht erst besonders hervorzuheben zu werden.

Endlich darf auch nicht vergessen werden, daß ja die sozialen Kosten sehr auf verschüben, indem sie die Leistungsfähigkeit der Arbeiterschaft wesentlich erhöhen. Es kann gar nicht bezweifelt werden, daß der mächtige Aufschwung, den unser Wirtschaftsleben in den letzten Jahrzehnten genommen hat, nicht zum wenigsten auf die bessere Qualität der deutschen Arbeiter zurückzuführen ist. Aber das deutsche Unternehmertum in Industrie und Landwirtschaft hat sich noch nicht zu der Auffassung durchgerungen, daß auch die menschliche Arbeitskraft ein Kapital ist, das sich ebenso vermehrt wie Grund und Boden, wie Maschinen und Verkehrsinfrastruktur. Die Ausgaben für die Erhaltung und Verbesserung der Arbeitsfähigkeit der Menschen machen sich nicht minder bezahlt als die anderen Produktionsosten. Mit Recht hat der Direktor des bayerischen statistischen Bureaus, Ministerialrat Dr. Bohn, darauf hingewiesen, daß die Volkskraft das kostbarste Gut einer Nation sei, ein Nationalkapital, das in weitem Umfang den Mutterboden der Kultur und der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit darstelle. Der Reichtum der einzelnen Völker werde nicht nur bestimmt durch die Zahl der Arbeiter, sondern auch durch die Qualität, er werde herangewirkt aus der Volkskraft, und dorthin mußte eine gesunde Volkswirtschaft nicht nur Wert legen auf große Geldreserven, sondern auch auf Kraftreserven, auf die Erhaltung der körperlichen und geistigen Kraft, der physischen und seelischen Gesundheit der Arbeiterschaft. Das sind gewiß vernünftige Ansichten, von denen man nur wünschen kann, daß sie in Regierungskreisen allgemein geteilt werden. Man muß eben die Sozialpolitik als einen wesentlichen Teil der

Wirtschaftspolitik betrachten und ihre Bedeutung für die Volkswirtschaft berücksichtigen, anstatt sie lediglich als eine Einrichtung anzusehen, die Geld kostet, aber nichts einbringt. Die kurzfristige Betrachtungsweise, wie sie von den Stadtsoldlingen als höchste Weisheit angepriesen wird, bildet ohne Zweifel eine große Gefahr für die Zukunft unseres Volkes und kann darum gar nicht genug befürchtet werden.

## Politik und Gewerkschaften.

Da mehr die Arbeiter von dem ihnen seit dem Jahre 1889 geistig gewährleisteten Vereinsrecht Gebrauch machen, je mehr ist zur Überzeugung kommt, daß die freien Gewerkschaften die besten Vertreter ihrer Berufsinteressen sind, deutscher und die herrschenden Klasse heissen, die Weiterentwicklung und den Bestand dieser Organisationsrichtung zu erhalten, wenn nicht gar zu unterstützen. Die Schärnacher und ihre Söldlinge sammeln eifrig Material, um die Gerichte und die Gesetzgebung in ihrem Sinne zu beeinflussen. Etliche Jahre nach Zuchthaus- und Auszubildungsgefechten, andere nach vollständiger Verschärfung des Strafgesetzes in Rücksicht auf Streitfreiheit und Streitlosigkeit, wieder andere glauben den freien Gewerkschaften das Leben leicht ausbläzen zu können, wenn sie unter das Reichsvereinsgebot gestellt und damit ihr politisch erklärt werden. Welche Bedeutung die Politisierung hat und werhalb die Gewerkschaften sich gegen solches Begehr mit aller Energie wenden müssen, beweist schon allein die Tatsache, daß Personen bis zum Alter von 15 Jahren politischen Vereinen nicht angehören dürfen. Neben dieser Absperrung des Rekrutierungsgebietes für die freien Gewerkschaften kommt noch die Verpflichtung, die Vize der Vorstandsmitglieder der Polizeibehörde zu unterbreiten. Wir wollen nicht behaupten, daß diese Maßnahme ausschließlich den Zweck hat, den Unternehmern jederzeit mit Namen der "Heber" und "Wibler" zu dienen, aber bei dem Eifer einiger Polizeibehörden und bei dem "günstigen Wind" ist schon manchem Unternehmer so eine polizeilich abgestempelte Vorstandsstelle auf den Kontorisch geangt. Infolge der polizeilichen Bewachung von Gewerkschaftsversammlungen ist es sehr wahrscheinlich, daß Unternehmer über geplante Maßnahmen des Verbandes vorsichtig unterrichtet werden. Die "Abedfeuer" in solchen Versammlungen ist fast beeinträchtigt und angstliche Gemüter fürchten sich vor Maßregelungen.

Das Reichsvereinsgebot vom Jahre 1905 gilt nur für politische Vereine, sagt aber ausgedehnt, was "politisch" ist. Dieser Mangel im Gesetz wird von vielen Behörden ausgenutzt. So wurden Turnvereine für politisch erklärt, weil ihre Mitglieder bei feierlichkeiten sozialdemokratischer Vereine mitwirkten; Jagdvereine, weil sie Arbeitnehmer sangen; Mädchenturnvereine, weil sie bei Wahlen tätig waren usw. Die Arbeiter haben eine politische Organisation, sie brauchen deshalb nicht in Gewerkschaftsversammlun-

gen politische Themen zu behandeln. Aber was in und alles politisch im Sinne eingeschlossene Politiken und Gemeindedienner?

Wenn in Gewerkschaftsversammlungen die Notwendigkeit einer Lohnsteigerung mit der Lebensnotwendigkeit, verursacht durch die Einflüsse, oder mit der Höhe der indirekten Steuern begründet wird, so ist das politische Beistellung. Dazu gibt es Argumente rein gewerkschaftlicher Natur, die hier von Polizei gar nicht trennen lassen. Wie erinnern nur an das Vereins- und Versammlungsrecht, das Heimatschutzgesetz und vieles andere mehr. Daß die Gewerkschaften keine Lust haben, sich der Willkür untergeordneter Organe preiszugeben, wird jeder verstecken und darum mit bestrengem, irdischen Blöße zu durchstreuen. Nun sind in letzter Zeit eine ganze Reihe von Gewerkschaften bezüglich einzelner Ermittlungen wie politisch erklärt worden, darunter auch der Deutsche Holzarbeiterverband.

Der Bevollmächtigte der Verwaltungsinstanz Friedland im Schlesien wurde aufgefordert, Stand und Verzeichnis der Vorstandsmitglieder der Polizei einzureichen. Diese Aufforderung wurde unbedingt gehorcht. Die Folge war ein Strafantrag, gegen welches gerichtliche Entscheidung beantragt wurde. Das Schlesiengesetz bestätigte die Strafbefreiung. Es erschien in der Zulieferer einer politischen Verein und zahllos daraus, daß unter den Mitgliedern die "Holzarbeiter-Zeitung" verbreitet wird, die mitunter Artikel politischen Charakters enthält. Diese Entscheidung wurde in der Verwaltungsinstant vom Landgericht umgezogen. Dieses war der Meinung, allerdings ohne einen Beweis darüber zu erheben, daß zwar der Verband ein politischer Verein sei, der Zulieferer Friedland sei jedoch diese Eigenschaft nicht beigezogen. Der angeklagte Bevollmächtigte wurde deshalb freigesprochen, und das von der Anklagebehörde angerufene Oberlandesgericht benötigte den Freispruch.

Damit war diese Staatsaktion verpufft. Der Prozeß war aber im ganzen so interessant, daß der Verbandsvorstand ihn als Anlaß nahm, in einer umfangreichen Broschüre zu dem Thema Politik und Gewerkschaften programmatisch Stellung zu nehmen.<sup>1)</sup> Die Broschüre ruft einleitend die Erinnerung an die Kämpfe wach, welche die Gewerkschaften im allgemeinen und der Deutsche Holzarbeiter-Verband im besonderen von Anbeginn an gegen Polizeiaktionen und eine unerlässliche Schließung des Prozesses gegen den Bevollmächtigten der Zulieferer Friedland, auf den wir jedoch hier nicht näher eingehen wollen. Auffällig war es, daß die Vorbereitung des Prozesses ein volles Jahr in Anspruch nahm.

<sup>1)</sup> Politik und Gewerkschaften. Ein Kapitel aus den Kämpfen der Gewerkschaften mit Polizei und Justiz. Herausgegeben vom Vorstand des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Leben, schläft seine Kraft, trinkt sein Blut und läßt erst von ihm ab, wenn nichts, absolut nichts mehr in ihm ist.

Dann wird die arme Fliege, tot, ausgetrocknet, leichter als ein Strohalm, aus dem Gespinst herausgleitet. Der erste Windhauch nimmt sie mit sich, und alles ist vorüber.

Die Spinne führt aber gesättigt und befriedigt in ihre Höhle zurück; sie ist mit sich und aller Welt zufrieden und findet, daß es heutzutage die rechtlosen Menschen immer noch zu etwas bringen.

Aber vergebliches Rütteln, unruhiges Anstrengen. Das Gewebe verwickelt sich immer mehr, und die Spinne kommt immer näher. Bei jeder Bewegung, welche die Fliege macht, um sich aus dem Gezwint herauszuhämmern, in dessen dünnen und so zwielichtigen Radierungen sie sich gefangen hat, sind es mehr werden, die sich um sie herumwirken, immer neue Rehe angeben sie. Endlich fällt sie schlafend und erschöpft, ohne Widerstandskraft in die Fänge ihres Feindes, ihres Feindes, der entsetzlichen Spinnen!

Und nun kreist das schreckliche UnTier seine hässlichen Pfoten nach ihr aus, packt sie und drückt sie zusammen. Dann beginnt es an dem zitternden Körper seiner schwachen Beute zu saugen, einmal, zweimal, dreimal, ganz nachdem es Lust und Appetit hat. Wenn es für den Augenblick seinen Durst nach Blut gestillt hat, so verläßt es sie, ohne sie blutdürsig getötet zu haben. Dann kommt es wieder und jagt von neuem, geht wieder fort und kehrt zurück, bis die unglückliche Fliege ganz vertrügt ist, bis sie weder Blut noch nährende Säfte in sich hat. Und es dauert lange, oft sogar sehr lange, bis das arme UnTier ganz tot ist.

Solange aber der gierige Vampire in dem Körper oder dem Leichnam seines Opfers noch einen Atom Lebenskraft herauszuziehen findet, verliert er dasselbe nicht aus den Augen. Er atmet sein

Die Fliege, die man aussaugt und tötet, die Fliege, die man verläßt, und von deren Blut man lebt, das seid Ihr, Proletarier, in Stadt und Land! Ihr, getreue Böller, Ihr geistigen Arbeiter, Ihr, Industriearbeiter, Ihr zitternde junge Mädchen und schwache unterdrückte Frauen, die Ihr Eure Rechte nicht zu fordern wagt, Ihr, unglückliche Opfer des Militärs, mit einem Wort, Ihr arme Ausbeuteten alle, die man weil von sich schledert wenn man aus Euren Adern nichts mehr zu ziehen vermag, Ihr, die Ihr die gesamte Produktion, das Herz, der Verstand, die lebendige Kraft des Landes seid, und denen man nichts bewilligt, als das Recht, höchst artig und in alter Stille in einem Winkel einsamlich zu verenden, während Euer Blut, Euer Schweiß, Euer Leben, Euer Sinn, Euer Leben es gewesen ist, mit dem Ihr sie kräftig gemordet und gemartert habt, Eure Herren und Unterdrücker: die widerlichen Spinnen.

Die Spinnen, das sind die Hexen, die reichen Geldleute, die Ausbeuter, die Spekulanten, die Verführer, der hohe Clerus, die Schmarotzer aller Art, die Willkür, unter der wir seufzen, die Macher der schlechten Gesetze, die uns erdrücken, die Tyrannen, die uns knebeln. Die Spinnen, das sind alle die-

Die Fliegen und die Spinnen.  
Ihr kennt es alle, das runderbäuchige UnTier mit behaartem, flebrigem Körper, das an finsternen Bläsern, möglichst fern vom Lichte des Tages, sein widerliches Rev ausspannt, in welchem die arme unvorsichtige und leichtsinnige Fliege sich fängt und den Tod findet. Dieses hässliche UnTier mit runden glänzenden Augen, mit langen vorn gesträumten Beinen, die vor vorstreichlich geeignet sind, das Opfer zu packen und zu ertröten, dieses UnTier ist die Spinne. Seht, wie sie falt und unbeweglich in ihrem Winkel sitzt, wenn sie auf Beute lauert, die sich ihrem Machtbereich nähern soll, oder wie sie mit infernalischer Geschicklichkeit das todbringende Gewebe anlegt, welches die schwache Fliege aufzufangen und ohne Gnade reißen soll! Das abscheuliche Tier wandet viel, oft sehr viel Zeit daran, sein Rev nach allen Regeln der Kunst zu verpoltern, damit ihm die Beute auf seinen Fäll erutsche. Da wird erst ein Jaden ausgeworfen, dann zwei, drei — immer mehr. Sie zieht Querfäden, verbindet sie durch neue Querfäden, damit die Anhängerungen ihrer Opfer, teils in den tödlichen Todesengel, das Rev nicht zu erreichen, es kann zusammenziehen umhause seien. Endlich in das Gezwint festig, die Käse ist gelegt, ein Auswider kann ansetzen — die Spinne zieht sich in ihre Höhle zurück und wartet, bis eine flatterhafte Fliege, durch den Hunger getrieben, herankommt, nach Nahrung sucht. Sie braucht nicht lange zu warten, die Fliege kommt bald angezogen. Und während die Arme so hin und her sucht, stößt sie plötzlich auf die vor ihr ausgespannten Fäden, sie verwickelt sich bestürzt in ihnen, sie sucht sich zu halten und — es ist auf immer um sie geschehen.

Raum steht die Spinne ihr Opfer gefangen, so verläßt sie blutigeren Blutes und muß gekräuselt

Am 29. Januar 1912 war gegen den polizeilichen Strafbeschluß Wider spruch erhoben worden, aber erst am 29. Januar 1913 fand die Verhandlung vor dem Schöpfgericht Friedland statt.

Die aussätzige Dauer der Voruntersuchung war dadurch verursacht worden, daß der Amtsgerichtsrat im Friedland große Pläne verbotte. Er wollte anbelebend den Radwagen führen, daß der Deutsche Holzarbeiter-Verband als Ganzes ein politischer Verein sei. Bei diesem Zweck wandte er sich an die Polizeiverwaltungen in Berlin, Breslau, Danzig, Stralsund, Hamburg, Thorn, Königsberg i. Pr., Frankfurt a. M., Dresden, Düsseldorf und Mainz und außerdem noch an die Handelskammer in Schwerin mit folgendem Antrag:

1. Da in Versammlungen des Holzarbeiterverbandes durch Redner oder durch Verteilung von Flugblättern parteipolitische Agitation verbreitet werden? Dann eben, der ungefähre Inhalt der betreffenden Reden oder Flugblätter angegeben werden oder kann das betreffende Flugblatt noch beschafft werden? Hat etwa der Holzarbeiterverband selbst parteipolitisch aktivierte Flugblätter herausgegeben?

2. Versuchen die Vertreterleute des Holzarbeiterverbandes die Verbandsmitglieder zu veranlassen, der sozialdemokratischen Partei beizutreten oder sozialdemokratisch zu wählen? Möglichen in dieser Beziehung bestimmte Vereismittel angegeben werden?

3. Spielen die dortigen Führer oder Vertreteren, leute des Holzarbeiterverbandes gleichzeitig auch in der sozialdemokratischen Partei eine besondere Rolle und eventuell inwiefern?

4. Ist im Verbandsorgan, das in Berlin erscheinenden „Holzarbeiterzeitung“, in parteipolitischem Sinne agiert worden? Dann eventuell die betreffende Nummer der „Holzarbeiterzeitung“ noch beigebracht werden?

5. Ist etwas darüber bekannt geworden, ob Geld aus der Gewerkschaftsstelle in die politische Partei, losgefloßen ist? Eventuell bitten wir auch um Mitteilung von Beweismitteln, die zur Feststellung der von dort aus mitgeteilten Tatsachen dienen können. Vielleicht wird die Handelskammer des dortigen Bezirks Personen (Angestellte von Arbeitsgemeinschaften) nennen können, die über die vorstehenden Fragen Auskunft geben können.

Die Auskünfte, die der Amtsgerichtsrat erhält, sind in der Broschüre abgedruckt. Sie sind sehr interessant, aber trotz der Mühe, die sich einzelne Behörden gegeben hatten, dem eifrigsten Amtssammler bestimmt zu sein, in das Material im ganzen so schwach, daß der öffentliche Aufsicht darauf verzichtete es bei der Verhandlung zu verwenden.

Die um Auskunft angegangenen Polizeiverwaltungen haben sich an Unternehmerorganisationen gewandt und das so gesammelte Material nach Friedland gebracht. Hierbei ergeben sich ganz merkwürdige Unterschiede. Während z. B. der von der Schweizerischen Handelskammer angegangene Deutsche Industrie-Schuhverband in Dresden einfach mitteilt: „Nach unserer Ansicht ist der Deutsche Holzarbeiter-

Verband nicht als politischer Verein zu betrachten“, leitet der Geschäftsführer des Arbeitgeber-Schäppverbandes für das deutsche Holzgewerbe in Mainz ein längeres Schreiben mit den Worten ein: „Die Hauptfrage, ob der Deutsche Holzarbeiter-Verband als politischer Verein anzusehen ist, ist meines Erachtens ohne weiteres zu bejahen.“ Das Polizeipräsidium Frankfurt a. M. schreibt: „Die heimliche Verwaltungssphäre des Deutschen Holzarbeiterverbandes steht wie alle freien Gewerkschaften auf sozialdemokratischem Boden. Die bisherigen Untersuchungen genügen aber nicht, den Verband als politischen Verein zu erklären.“ Das Berliner Polizeipräsidium teilt mit, daß der Deutsche Holzarbeiter-Verband zwar bisher noch nicht als politischer Verein behandelt worden sei, „es sind jedoch zuzeit Erwägungen im Gange, den Verband dem Reichsvereinsgesetz zu unterstellen“. Dasfelde Polizeipräsidium wurde in dem Streite, ob die Verwaltungssphäre des Zimmereerverbandes ein politischer Verein sei, vom Oberlandesgericht um eine Meinungsäusserung angegangen. In dem Urteil heißt es u. a.: „Es schwelen seit einiger Zeit Erwägungen, ob nicht mit Rücksicht auf die vielfach, namentlich in letzter Zeit, hier zeitigste politische Tätigkeit der Zentralverbände der freien Gewerkschaften Deutschlands und namentlich ihrer gemeinsamen zentralen und lokalen Verbündungen, nämlich der Generalversammlungen und der Gewerkschaftsräte, die Zentralverbände unter das Reichsvereinsgesetz zu stellen sind.“ Auch der christliche Holzarbeiter-Verband hat sich bemüht, sein Sclerlein zu dem Schleiterhaus für den Deutschen Holzarbeiter-Verband heranzuschleppen. Das Polizeipräsidium in Danzig hat seine Auskünfte von der dortigen Handelskammer eingeholt, und diese wiederum sich vom christlichen Holzarbeiter-Verband informieren. Dieser gab zwei christliche Schmähblätter gegen die freien Gewerkschaften und zwei Exemplare der „Holzarbeiterzeitung“ zu den ersten. In bezug auf diese sagt der Vorstand der Handelskammer: „Weitere Nummern dieser Zeitung werden vom christlichen Holzarbeiter-Verband, bis jetzt in Pfefferstadt, jederzeit getne zur Verfügung gestellt.“ Da ja, wo es im Laufe zu vollbringen gilt, kann man sich auf den christlichen Holzarbeiter-Verband verlassen, und das Denunzieren eines Begners hält man dort jedenfalls für ein Gott besonders wohlgefälliges Werk.

Diesmal war, wie die „Holzarbeiterzeitung“ mit Genugtuung bemerkte, die liebe Mütze freilich unisoni, denn tatsächlich in der Deutsche Holzarbeiter-Verband kein politischer Verein. Der Verband verfolgt ausschließlich wirtschaftliche Zwecke, und daran ändert der Umstand nichts, daß die Verbandsleitung sich gelegentlich mit Petitionen an die Gesetzgebung wendet, was ihr vom Berliner Polizeipräsidium als politische Tätigkeit angekreidet wird. Eine Gewerkschaft, die es mit ihrer Aufgabe ernst nimmt, kann es nicht vermeiden, sich auch sozialpolitisch zu betätigen. Das ist aber keine Eigenart des Deutschen Holzarbeiter-

Verbandes und der freien Gewerkschaften, die Gewerkschaften anderer Art und noch viel mehr die wirtschaftlichen Unternehmensorganisationen enthalten eine noch viel ausgedehntere politische Tätigkeit. Das kommt aber gar nicht in Betracht, denn den Besitzungen des Vereinsvertrages unterliegt nur ein Verein, „der eine Einigung auf politische Angelegenheiten bezeugt“. Der Deutsche Holzarbeiter-Verband bezeugt jedoch wirtschaftliche Ziele. Ein gelegentliches Einwenden auf Angelegenheiten der Gesetzgebung oder Verwaltung macht über einen wirtschaftlichen Verein noch nicht zu einem politischen. Das wird z. B. in den Abschlußbestimmungen der württembergischen Regierung zum Reichsvereinsgesetz ausdrücklich ausgeschlossen.

Ebensoviel kann aber auch aus dem Hinweis, daß die „Holzarbeiterzeitung“ gelegentlich Artikel politischen Inhalts bringt, auf den politischen Charakter des Verbandes geschlossen werden. In dieser Hinsicht ist ein Zug in dem Urteil des Hamburger Polizeipräsidiums bemerkenswert. Es heißt dort: „In dem Verbandsorgan des Holzarbeiter-Verbandes, der „Holzarbeiterzeitung“, sind, wie es unvermeidlich ist, vielleicht politische Artikel erschienen.“ Das ist bei den Aufgaben, die ein Gewerkschaftsorgan zu erfüllen hat, in der Tat unvermeidlich, beruht aber nicht den Charakter des Verbandes. Die Herausgabe der „Holzarbeiterzeitung“ ist nicht der Zweck des Verbandes, es ist nur eine unter den vielen und verschiedenenartigen Aufgaben, die zu seinen Obliegenheiten gehören.

Der Deutsche Holzarbeiter-Verband in seine politische Organisation, und soll es nicht sein. Das ergibt sich nicht nur aus seinem Statut, sondern auch aus seiner gefaßten Bestätigung. In diesem Sinne werden die Verbandsfunktionäre nominiert, und der Vorstand läßt es erforderlichstens auch nicht an entsprechenden Einladungen an die Wahlstimmenvorwahlen fehlen. In der Broschüre ist ein solches Amt abgedruckt, welches im Hinblick auf die damals bevorstehenden Reichstagswahlen im November 1911 verfaßt wurde. Lebhaften findet man in den Artikeln der „Holzarbeiterzeitung“, welche das Schöpfgericht als angeblichen Beweis für den politischen Charakter des Verbandes zitiert, die ausdrückliche Mahnung an die Mitglieder, sich jeder politischen Tätigkeit innerhalb der Organisation zu enthalten. Es ist keine leere Redensart, sondern wohl überdrückt, wenn in der Broschüre ausgeschrieben wird: „Auch wenn es ein Vereinsgesetz nicht gäbe und die Gewerkschaften noch ohne eine Einschränkung ihrer Bewegungsfreiheit befürchteten zu müssen, politisch betätigen könnten, so würden wir dennoch mit aller Energie für die Erhaltung des wirtschaftlichen Charakters unseres Verbandes eintreten.“

Es scheint aber, als ob die Schaffanierung der Gewerkschaften eine Aufgabe ist, welche sich gewisse Behörden mit ganz besonderer Liebe hingeben. Aus den abgedruckten Dokumenten ergibt sich, daß vornehmlich im Berliner Polizeipräsidium sehr sorgfältig alles Material gesammelt und requiriert wird, das nur irgend als Beweis für eine politische Tätigung der Gewerkschaften angesehen werden kann.

Ihre Feinde sich vergeblich abmühen, sehen wir verschmähten, wie sie zusammenreden, wie sie lieben.

Was für schreckliche Tragödien haben sich nicht im Laufe der Jahrhunderte in diesem Kampfe der schwachen und schwächeren Fliegen und der blutgierigen, grausamen Spinnen abgespielt! Es ist eine blutige Leidensgeschichte. Aber wozu sie aus neue erzählen? Die Vergangenheit ist erloschen, sprechen wir von der Gegenwart, von der Zukunft.

Läßt uns den Kampf näher betrachten, den heute die Fliegen und die Spinnen führen, läßt uns seine Bedingungen erkennen, unter denen er vor sich geht, läßt uns auf, wie die Fliegen, über die Konstruktion der Netz, welche unsere Feinde wider uns stellen, suchen wie hinter ihre Schilde zu kommen, und vor allem, vereinigen wir uns, wie, die wir einzeln zu schwach sind, um die Netze, die uns umstricken, zu zerreißen. Sprengen wir die Ketten, die uns fesseln, verloren wir unsere Feinde aus ihren Schlupfmäusen, verbreiten wir überallhin Licht, helles Licht der Auflärung, damit das schmutzige Ungetier nicht innerhin im Dunkel sein mörderisches Handwerk treibe!

Ach wenn Ihr wolltet, Fliegen, wenn Ihr nun wolltet, Ihr waret unüberwindlich! Die Spinnen sind zwar heute noch stark, aber ihrer sind nur wenige. Ihr aber, Ach Fliegen, seid freilich unbedeutend, ohne Einfluß, aber Eure Zahl ist unermesslich, Ihr seid das Leben. Ihr seid die Welt — wenn Ihr nur wolltet. Wenn Ihr Euch vereinigen wolltet, so würdet Ihr mit einem Schlag Eurer Flügel alle Fäden zerreißen, alle Netze zerstreuen, in denen Ihr heute gefangen seid, in denen Ihr zappt und vor Hunger umkommt. Vorbei wäre alle Not und Knöchelhaft, wenn Ihr nur wolltet!

So lernet, denn zu wollen!

jenigen, die auf unsere, des Volkes Kosten, leben, die uns mit Rüthen treten, die über unsre Leiden und unsre vergeblichen Bemühungen hohlnachend spotten.

Die Fliege, das ist der arme Arbeiter, der sich allen diatonischen Vorschriften, die dem Arbeitgeber belieben, unterwerfen muß, weil der Ungläubige ohne Mittel darsteht und für sich und die Seinen Nahrung schaffen muß. Die Spinne, das ist der große Arbeitsherr, der an jedem seiner Arbeiter 6 bis 8 M. pro Tag verdient und es dabei wagt, nein, sich herabläßt, diesem für eine 12- bis 14stündige Arbeit einen Hungerlohn von 2 bis 3 M. quäglich zu bewilligen.

Die Fliege, das ist der Bergmann, der sein Leben in der südlichen Lust der Gruben hinopfert, um der Erde Schäre abzuringen, deren Genügs nicht für ihn bestimmt ist; die Spinne, das ist der Herr Aktiengesellschaft, der seine Aktien um das Doppelte und Dreifache steigen sieht, und doch nie zufrieden ist, der immer höhere Dividende einstreichen will, der die Arbeiter um den Ertrag ihres Fleisches besticht und wenn sie es wagen, auch die kleinen Lohn erhöhung zu fordern, nach Militär rüst, damit es die Autokraten zusammensetzten.

Die Fliege, das ist das Kind, das im zaristischen Alter schon in der Fabrik, in der Werkstatt, im Elternhaus schwere Arbeit machen muß, um verdienen zu helfen; die Spinne, das sind nicht die armen Eltern, die durch die Not gezwungen werden, ihre Kinder zu opfern, sondern es sind die heutigen niederrangigen Zustände, welche denselben diese Verleugnung des natürlichen Gefügs, die Verächtigung ihrer eigenen Familie, zum eisernen Gebot machen.

Die Fliege, das ist das erbare Kind des Volkes, das sich reichslos ernähren will, aber seine Arbeit findet, wenn es sich nicht den Lüsten des Prinzipals oder Fabrikdirektors hingibt, der es benutzt und es

später — oft mit einem Kind unter dem Herzen — fast mit Gefühllos hinausjagt, um den „Standart“ zu vermeiden. Die Spinne, das ist der junge, aufgeblafte Geist, der nichtsäuerliche Pfasterstreter aus „guter“ Familie, der mit Lachen unschuldige Mädchen verführt und in den Tod zieht, der eine Ehre darin sieht, möglichst viel Frauen entzieht zu haben.

Die Fliege, das bist Du fleißiger Arbeitersmann, der Du für den reichen Grundherrn den Ader aufwöllest, der Du das Horn fässt, das Du nicht entfern, der Du fröhlich ziehest, die Du nicht genießest. Die Spinnen, das sind die Landarbeiter, die ihre armen Brüder, ihre Schwestern und Tagelöhner, ohne Ruhe und Rast arbeiten lassen, damit sie selbst ein nichtsäuerliches Leben führen, glänzen und prunkt können, die von Jahr zu Jahr die Pachtzinsen erhöhen und den Preis der redlichen Arbeit herabdrücken.

Mit einem Wort: Die Fliegen, das sind die Unterdrückten, die Gelnechteiten, die Ausgebeuteten; die Spinnen, das ist die schreckliche Spekulation, die Willkür, der Despotismus, in welcher Form immer diese den Ergründeten begegnen mögen.

Ehemals waren die Spinnen ihre Rehe aus großen Burgen und Herrenhäusern aus, heute wählen sie ihre Stätte mit Vorliebe in den großen Mittelpunkten des industriellen Lebens, in den reichen Quartieren der Glücksäume unserer Zeit. Man findet sie vorzugsweise in den Großstädten, sie wohnen aber auch auf dem Lande und in den kleinen Landstädtchen, sie sind überall da, wo die Ausbeutung blüht, wo der Arbeiter, der arbeitslose Proletarier, der kleine Handwerker, der Tagelöhner, der schuldfreie Kleinknecht, ohne Gnade der zügellosen Gier der Spekulanten ausgeplagt sind.

Und wo immer es auch sei, in Stadt und Land, überall sehen wir die armen Insekten in den Rehen

Das Betriebspräsidium spricht es auch aus, daß Erwagungen schwanken, ob die Zentralverbände unter das Vereinsgesetz zu stellen sind. Dennoch scheinen die Verfolgungen einzelner Gewerkschaftsbüros nur das Beispiel zu sein für den Edikt, den man gegen die Gewerkschaften der Gewerkschaften zu führen gedenkt. Gegen einen solchen Vertrag, die Bewegungsfreiheit der Gewerkschaften zu unterstellen, unter das Vereinsgesetz zu unterordnen, werden wir uns auf das äußerste wehren.

Die Mängel, die dem Reichsvereinsgesetz anhaften und die uns zwingen, uns gegen Berggewaltungen zu wehren, wären allein schon darauf hin, daß die Arbeiter sich politisch betätigen müssen, um die Begehung in ihrem Sinne zu beeinflussen. Der Arbeiter soll und muß sich in seiner Eigenschaft als Staatsbürger politisch betätigen, aber zu keiner Zeit der Gewerkschaften. Es gibt so viele Gelegenheiten für die Arbeiter, Politik zu treiben, daß es wirklich nicht nötig ist, durch Vereintragung der politischen Aktion die Gewerkschaften ihrem Zweck zu entziehen. Und der Zweck der Gewerkschaften ist und bleibt die Wahrung des wirtschaftlichen Interesses der Arbeiter.

### Tuberkulose und Arbeitslosigkeit.

An der Zeitschrift "Die Dugiene" schreibt Dr. Peter Maner:

"Die erhebliche Arbeitslosigkeit, unter der jetzt die meisten Kreise unserer Arbeiterschaft leiden, gibt nicht nur dem Sozialpolitiker sondern auch dem Arzt Veranlassung zu ernsthaften Betrachtungen. Besonders der Arzt, dessen Aufgabe es ist, tuberkulöse Arbeiter zu behandeln und Rahmenmaßen zur Bekämpfung der Tuberkulose durchzuführen, kann an den Problemen, die die Arbeitslosigkeit so großer Massen bietet, nicht ohne Befrchtung vorübergehen. Denn alle Arbeit und Mühe, die von allen Organisationen zur Bekämpfung der Tuberkulose aufgewandt wird, muß an der wirtschaftlichen Not scheitern, die die an sich schon so bedrängten Verhältnisse unserer Arbeiter aus äußerster Heiterkeit. Die Erfahrung lehrt, die Statistik läßt zum Teil im Sitzen, weil bei uns in Deutschland leider immer noch nicht die Tuberkulose zu den angepehlten Infektionskrankheiten gehört, daß nach jeder Krise, wie wir sie jetzt durchmachen, die Zahl der Krankheits- und Sterbefälle an Tuberkulose erheblich zunimmt."

Sehr viele der Arbeitslosen suchen heimlich durch Krankengelder ihre Lage zu verbessern und lassen sich von ihrem Arztarzt für "arbeitsfähig" erklären. Diese frakten Arbeitslosen sind durchaus nicht, wie das so vielfach angenommen wird, Simulanten. Einige wenige von ihnen mögen Behörden erheben, die sie nicht haben, die meisten sind aber tatsächlich abgearbeitete, vielfach unterernährte, leidende Menschen, die unter günstigen Arbeitsbedingungen sich keine Zeit nehmen können, auszuspannen und jetzt, wo sie ohnedies arbeitslos sind, die Gelegenheit benutzen, ärztliche Hilfe und zugleich die Unterhaltung ihrer Krankenkasse in Anspruch zu nehmen. Besonders die vielen Leichttuberkulosen, die sich mehr oder weniger mühselig durchgedrängt haben, weil sie arbeiten mußten, suchen jetzt ihren geschwächten Körper zu stärken und durch Krankengelder über die Not ihrer Arbeitslosigkeit hinwegzukommen. Aber die spärlichen Krankengelder können ihnen niemals ihrem meist höheren Arbeitslohn entsprechen. Trotz aller Stärkungsmittel und aller Arzneien verschlechtert sich ihr Zustand naturgemäß. Die kräftige Ernährung, die gerade sie so notwendig haben, fehlt ihnen jetzt mehr als sonst, und wo Schmalhans Küchenmeister ist, muß alle ärztliche Kunst nichts. Viele von ihnen sehnen sich danach, möglichst bald in eine Heilstätte aufgenommen zu werden, wo sie wenigstens für das nächste der Sorge um das tägliche Brot enthoben sind.

Auf der anderen Seite stehen die wenigen Glücklichen, die Arbeit haben. Wer jetzt, in diesen bösen Zeiten, sein Brot verdient, gibt die Arbeit nicht auf. Daher bemühen sich selbst verhältnismäßig Schwerkranken unter allen Umständen weiter, in ihrer Brotschale zu bleiben. Sie wissen, daß sie, wenn sie erst einmal krank geschrieben sind, sobald nicht wieder Hoffnung haben, Arbeit zu finden, und geben das Zeige ihrer Gesundheit her, um weiter arbeiten zu können. Aber auch diese Kranken brechen früher oder später zusammen und werden wie ihre arbeitslosen Kameraden ein Opfer der Arbeitslosigkeit.

Natürgemäß werden die Krankenkassen auf das äußerste belastet; besonders die Krankenkassen, denen die am meisten Betroffenen angehören, wie z. B. die Bonarbeiter- und Tischlerkassen, werden bis an die Grenze des Möglichen in Anspruch genommen.

Was nutzen alle Millionen, die für die Bekämpfung der Tuberkulose ausgegeben werden? Ein paar Monate so schwerer Arbeitslosigkeit, wie wir sie jetzt haben, macht beinahe alles illusorisch und ver-

mehr die Zahl der hilfesuchenden Schwindsüchtigen ins Uebermaß.

Werder wird aber auch unter geringeren wirtschaftlichen Verhältnissen gerade von denjenigen Kreisen, deren Aufgabe die Bekämpfung der Lungenerkrankungen ist, nicht alles vermieden, was die Arbeitslosigkeit mit ihren schweren gesundheitlichen Nachteilen verbunden könnte. Werde den Landesversicherungsanstalten die mit ihren reichen Mitteln bemüht sind, einzige Invalidisierung durch die Errichtung von kostspieligen Heilstätten zu verhindern, kann hier ein Vorwurf nicht erscheinen bleiben. Betrachten wir einmal den Leidensweg eines Lungentransten, der in eine Heilstätte aufgenommen zu werden wünscht.

Der Kranke reicht das Attest seines Arztes aus bei der Verwaltung der Landesversicherungsanstalt ein und erhält die Mitteilung, daß er weiteres zu hören bekommen würde. Aber er hört zunächst nichts. Erst nach zwei oder drei Monaten wird er zur Untersuchung zum Beratungsarzt der Landesversicherungsanstalt bestellt, der ihm wieder mitteilt, daß er weiteres hören wird. Aber er hört auch jetzt zunächst nichts. Erst nach weiteren Wochen bekommt er seine Erüberprüfung in einer Heilstätte oder zur weiteren Untersuchung zur Beobachtung in einer Beobachtungsstation, bei der Landesversicherungsanstalt Berlin nach Lichtenberg. Falls er nach Lichtenberg kommt, wird er zwei oder drei Wochen beobachtet und wird dann wieder erst nach einiger Zeit in eine Heilstätte geschickt oder zur weiteren ambulatorischen Behandlung in dieser "Beobachtungsstation" beauftragt oder — was in den meisten Fällen geschieht — mit dem Beideck entlassen, daß er weiteres schriftlich erfahren werde. Und dann kommt wieder nach einigen Wochen die Mitteilung der Landesversicherungsanstalt, daß sie die Übernahme des Heilverfahrens, das in ihr freies Ermeessen gestellt ist, ablehnt. In den meisten Fällen hat der Patient von dem Augenblick an, wo er sein Attest und seinen Antrag eingebracht, seine Arbeit aufzugeben, teils, weil er wirklich arbeitsunfähig ist, teils, weil es ihm in Erwartung seiner kulturellen Aufnahme in eine Heilstätte nicht lohnt, weitere Arbeit zu suchen. So kommt es, daß der Kranke, bis sich sein Schicksal entscheidet, drei oder vier Monate arbeitsunfähig gewesen ist, ein Zustand, der vielleicht immer noch erträglich sein könnte, wenn eine so lange Verdienstlosigkeit mit einem mehrmonatigen Heilstätenaufenthalt belohnt würde. Aber wie, wenn der Patient nach Monaten hören muß, daß er nicht in eine Heilstätte aufgenommen wird? Dann hat er viele Wochen ohne Arbeitsverdienst in einer Wohnung gelebt, die nicht erfüllt wird.

Es kann nicht bestritten werden, daß die Heilstätenverwaltungen das größte Interesse an der Auslese ihrer Patienten haben müssen, und doch es darf natürlich nicht, wenn die Heilstätenanwärter vor ihrer Aufnahme von einem geschulten Spezialisten nach bestimmten Gesichtspunkten untersucht werden. Aber es muß gefordert werden, daß diese Untersuchung nicht erst Monate, nachdem der Antrag gestellt ist, sondern möglichst bald stattfindet. Dann wissen die Kranken wenigstens, woran sie sind und können sich danach wirtschaftlich einrichten. Eine Beleidigung in der Aufnahme wird ja immer stattfinden müssen, aber das ursprüngliche System ist ungünstig und trägt in erheblichem Maße dazu bei, die Arbeitslosigkeit zu verschärfen. Die wenigen Glücklichen, die genügend Invalidenmarken gellebt haben, und deren Lungendefekt den allerdings recht oft willkürlichen Bedingungen der Vertrauensärzte entspricht, und die nun endlich nach monatelangen Warten in eine Heilstätte kommen, sind zwar vorläufig wirtschaftlich gefährdet. Aber bald ist sie wieder aus der Heilstätte (nach etwa drei Monaten) entlassen werden, und sie wieder arbeitslos und finden nur in den seltensten Fällen bald oder in absehbarer Zeit eine geeignete Arbeit. Was nutzt die schönste Statistik, mit der die Heilstäten aufzuhalten, nach der ein verhältnismäßig großer Prozentsatz ihrer Insassen "arbeitsfähig" entlassen werden ist, wenn die immerhin nach wie vor gefährdeten und schwächeren "Arbeitsfähigen" arbeitslos sind und aus Wochen hinaus keine Arbeit finden?

Nach einer vorläufigen Statistik, über die ich an anderer Stelle ausführlich berichtet habe\*, spielt unter den Ursachen der Arbeitslosigkeit bei einer nicht unerheblichen Anzahl unserer Arbeiter das Heilverfahren in einer Lungeneinstellung eine nicht zu unterschätzende Rolle. Da durchschnittlich jeder Heilstätenanwärter — wenigstens hier in Berlin — drei Monate auf seine Aufnahme in eine Heilstätte warten muß und fällt immer während dieser Zeit arbeitsunfähig und damit arbeitslos ist und doch nach seiner Entlassung aus der Heilstätte noch etwa zwei Monate arbeitslos bleibt, so muß er seinen Heilstätenaufenthalt mit einer fast bis sechsmonatigen Arbeitslosigkeit erlaufen; ganz abgesehen davon, daß sein wirtschaftliches Budget auch während seines

Heilstätenaufenthalts, vor allem, wenn er verbleiben und womöglich noch mehrere Kinder hat, außerordentlich reduziert ist. Es kommt zwar sehr häufig von seiner gewerkschaftlichen Organisation Arbeitslosenunterstützung und von seiner Krankenkasse Krankengeld — aber das alles reicht doch nicht einigermaßen aus, um das Kind zu deßen Baus beidermehr darin nicht, wenn die Kranke aus der Heilstätte mit dem Altum "Arbeitsfähig" entlassen werden und infolgedessen von der Krankenkasse nicht mehr für unterstüzungsbefähigt angesehen werden.

Eine so lange Arbeitslosigkeit mit allen ihren schweren wirtschaftlichen Folgen könnte vielleicht immer noch in Kauf genommen werden, wenn es für den Heilstätenanwärter kein anderes Mittel der Genehmigung oder einer wesentlichen Besserung gäbe als die Heilstätte. Dem ist aber keinesfalls so. Trotz aller großen Verdienste, die sich die Heilstäten erworben haben, trotz aller Erfolge, die sie scheinbar und tatsächlich aufzuweisen haben, bestehen doch erhebliche Bedenken, ob die Wege, die jetzt von den Volksheilstätten eingeschlagen werden, zu dem erreichten großen Ziel führen. Die Einwohner, die gegen das bisherige System erhoben werden, sind manchinge auf die aber hier in diesem Zusammenhange nicht eingegangen werden kann. Eins der Bedenken und nicht das letzte in eben, daß in den meisten Fällen ein Heilstätenverfahren nur durch eine lange Arbeitslosigkeit erlaubt wird und daß ein großer Teil der wirtschaftlichen Güter, die vielleicht durch ein Heilstätenverfahren getilgt werden, auf der anderen Seite durch die Arbeitslosigkeit verloren gehen. Dieses Bedenken ist um so lebhafter, als durch die historische Entwicklung der Tuberkulosebekämpfung die Heilstätenbehandlung so fest in den Vordergrund gerückt ist, daß für andere Wohnformen ungewöhnlich wenig Raum, Interesse und Kapital übrigbleiben ist. Das ist besonders bedenklich, weil u. a. das vielversprechende Problem der Wohnungsfürsorge zu kurz kommt, das sich mit erheblich geringeren Mitteln und vor allem ohne den Preis der Arbeitslosigkeit in vielen Fällen der Röntgenzähler bringen ließe, wenn nur ein Teil der Mittel in seine Dienste gestellt wäre, die jetzt in so reichem Maße ganz einseitig der Heilstätenbegeisterung zugeteilt kommen."

### Großbettenmoral in der Offenbacher Lederwarenindustrie.

Bei allen passenden und unpassenden Gelegenheiten, besonders aber bei der Zeitschrift der Altvordpreise für neue Artikel kann man fast ausnahmslos von allen Portefeuilles- und Reisearmbüchlein gar bewegliche Klagen hören über die böse Konkurrenz, die auch bei der allerhäufigsten Kalkulation immer noch billiger zu verkaufen ist. In daß es sich kaum noch lohne, überhaupt zu fabrizieren und die kostreichen Fabrikanten oft noch Geld zu legen müßten. Verwunderlich fragt man sich da, zu welchem Zweck dann eine Fabrikantenvereinigung existiert, wenn diese nicht imstande ist, die Interessen ihrer Mitglieder wahrzunehmen und vor allem die Schuhfakturierung zu unterdrücken. Der ist diese Vereinigung nur eine Schafsmäherorganisation zur Bekämpfung und Niederhaltung der aufstrebenden Arbeiterschaft? Auch Fabrikanten sind schon vor diese Frage gesetzt worden, aber ein Achselzucken, ein vielsagendes und kaum mißvernehmendes Lächeln war dann gewöhnlich die Antwort. Manchmal sind die Herren in ihrer gerechten Errichtung auch noch deutlicher geworden. Die vielversprechende Konkurrenz ist eben mittler drin in der Vereinigung und spielt dort die Rolle der ersten Geige. Da ist es natürlich kein Wunder, wenn einer solchen Fabrikantenvereinigung eher alles andere innenkommt, nur nicht die so notwendige Einigkeit der Mitglieder untereinander. Einig sind die Herren nur in der Ausbreitung und Unterdrückung der Arbeiterschaft. Darin sucht einer den andern zu übertriften, weiter reichen aber auch die gemeinsamen Bemühungen nicht, von einer Gemeinschaft Interessenvertretung auf anderes Gebiete ist wenig zu merken. Der Respekt vor der organisierten Arbeiterschaft scheint das einzige Band, das die ungleichen Brüder zusammenhält. Im übrigen ist einer des andern Feind, der Große fröhlt den Kleinen oder tritt ihn unter die Füße im Kampfe ums Dasein oder besser gesagt, im wilden Zagen nach dem Profit. Da werden alle Methoden ausprobiert, alle Kneifen angewandt und nicht darüber gesagt, ob man dem Vereinigungstollegem standet oder nicht. Das alles ginge und man eigentlich nichts an, denn wir haben uns um Fabrikantenvereinigungen nicht zu kümmern und könnten gleichzeitig diesem Kampfe zuwenden, wenn nicht leider die Arbeiterschaft den Unterboden dafür abzugeben hätte, auf dem sich die Herren gegenwärtig zerstampfen. Aber hierdurch kommen unsere Interessen mir in Frage. Wir haben mit den Herren Unternehmern auf Treu und Glauben einen langfristigen Tarifvertrag abgeschlossen,

\* Beiträge zur Klinik der Tuberkulose. 1913.

dessen Einhaltung durch Manipulationen, wie sie das geschilderte Rennen zeitigt, durchaus nicht gefördert wird. Und darum geht die Geschichte leider auch uns an.

Besonders schlimm auf dem genannten Gebiete treiben es die sogenannten Grossfirmen, von denen überhaupt mancher nicht begreift, warum sie eigentlich Mitglieder der Fabrikantenvereinigung sind, mit welchen sie gemeinsame Interessen kaum verbinden, wenn sie haben ja keine Fabriken und sind denzufolge also auch keine Fabrikanten. Da sie von diesen nur die Lederware kaufen und wieder weiter verkaufen, sollten sie auch als Konkurrenten der Fabrikanten eigentlich nicht in Frage kommen und doch ist es der Fall. Sie fabrizieren allerdings nicht in eigenen Betrieben, benutzen aber unter Umgehung der Fabrikationskosten in wenig fairer Art Heimarbeiter und Zwischenmeister, um reelle Fabrikanten einfach niederzufürrieren. Ob auch der Heimarbeiter oder Zwischenmeister dabei zugrunde geht, ob er das Wenige, was er bezahlt, bei dem Geschäft zusegt oder gar im Schaden gerät, was kümmert das den schlauen Grossisten? Er war ihm nur Mittel zum Zweck, und in ein Heimarbeiter geliefert, so sucht und findet er wieder ein anderes Opfer. Er kann am billigsten verkaufen und schlägt ja jede Konkurrenz. Andere machen dasselbe und so wird die Offenbacher Portefeuillesindustrie mit vereinten Kräften auf den Hund gebracht. Zur Illustrierung dieser traurigen Tatsache könnten wir verschiedene Beispiele aufführen, wollen uns aber heute auf einen Fall beziehen, der gewißlich drastisch zeigt, wie es gemacht wird.

Die Firma Hammel u. Rosenfeld, Offenbach am Main, gehört zu den Firmen, die ihre Ware von Heimarbeitern und Zwischenmeistern auf möglichst billigen Wege herstellen lassen. Sie hat dabei ein eigenes Verfahren. Im August vergangenen Jahres hat die Firma mit einem Zwischenmeister B. einen inhaltreichen Vertrag geschlossen, der in fast jedem Satz für B. Verpflichtungen enthält, dagegen die Firma Hammel u. Rosenfeld in seiner Weise bindet. Bis kurz vor Jahresende hat nun der Zwischenmeister mit zuletzt noch 5 Arbeitern nach diesem zauberhaften Vertrag für genannte Firma gearbeitet, ohne seiner Arbeit recht froh zu werden. Vergangens hatte er sich der trügerischen Hoffnung hingegeben, auf einen grünen Zweig zu kommen. Er fand im Gegenteil immer tiefer und mühte bald entzissen, daß er sich mehr und mehr in dem Netz des Vertrages verstrickte, bis ihm schließlich auch richtig die Bogen über dem Kopf zusammenwülzten. Trotz der angestrengtesten Tägigkeit war er in der letzten Woche überhaupt nicht mehr in der Lage, seine fünf Arbeiter zu entlohen, so daß diese wie er selber vor Weihnachten vollständig mittellos waren. Die leichte Arbeit war noch nicht fertig, nach der schlauen Berechnung der Firma Hammel u. Rosenfeld aber schon recht bezahlt und die Firma kommt völlig unbeschädigt an dem Bankett des Zwischenmeisters B. In diesem erhabenden Bewußtsein perweigerte die Firma denn auch den Arbeitern des B., welche sich in ihrer Not an sie gewandt hatten, den Arbeitslohn für die letzte Woche, schenkte ihnen jedoch in M.m. Großmut 20 M., welche sie unter sich verteilen und wogegen sie sich verpflichteten mußten, die Arbeit des B. fertigzumachen. Von einer Pachtung für die Tarifeinhaltung bei ihrem Zwischenmeister, wie sie der Vertrag für die Portefeuilles- und Reiseartikelindustrie ausdrücklich vorschreibt, wollten die Herren natürlich nichts wissen. Nach ihrer Meinung gebt ihnen die ganze Sache nichts an. B. hat ihnen Ware geliefert mit die bezahlt erhalten, hatte also nichts mehr zu fordern. Um die Arbeiter loszuwerden, wurde ihnen wie zum Hohn der Rat gegeben, den B. vor dem Gewerbebericht auf Zahlung des Lebens zu verklagen, trotzdem die Firma ganz genau wissen mußte, daß bei B. nichts zu holen war. Von einer tarifmäßigen Bezahlung der zahlreichen Überstunden war schon gar nicht die Rede.

Sieht man in Betracht, wie bei B. gearbeitet wurde, so erscheint dieser schuelle Zusammenbruch kaum gläubig. Zusammen mit seinen Hilfskräften arbeitete B. meist bis in die späte Nacht hinein, so es kam vor, daß erst frühmorgens um 6½ Uhr die Werkstatt geschlossen und nach einstündiger Pause um 7½ Uhr wieder mit der Arbeit angefangen wurde. Fast regelmäßig wurde auch Sonntags bis 4 Uhr nachmittags gearbeitet, ohne daß für die Überstunden wie Sonntagsarbeit ein Zuschlag geahnt wurde. Bei einer derartigen Ausnutzung der Werkkräfte hätte der Zwischenmeister B. reich werden können und hat das auch vielleicht gehofft. Dem aber stand der oben erwähnte originale Vertrag zwischen ihm und der Firma Hammel u. Rosenfeld entgegen, der ihn selber neben seinen Hilfskräften zum Ausgebieten machte.

Nach dem genannten Vertrag mußte B. von den Händlern alles Material auf Rechnung von Hammel u. Rosenfeld oder von dieser Firma direkt entnehmen. Auf dieses Material behielt sich die Firma das Eigen-

Recht vor und B. durfte die daraus gefertigte Ware trotz seiner schulalen Selbständigkeit nur an Hammel u. Rosenfeld verkaufen. Bei Lieferung der fertigen Arbeit wurde dem B. dann das Material zu Preisen in Abrechnung gebracht, die der Firma allein am Material schon einen erheblichen Profit sicherten. So mußte B. beispielsweise für ein Dutzend alte Leder das nachstehende 19 M. für ein Dutzend neue Leder das 27 M. zahlen. B. mußte das Leder aber von dieser Firma kaufen. Sogar, den hat B. beim Händler selber für 19½ Pf. pro Meter, allerdings mit Abzug von Hammel u. Rosenfeld ausrechnet, wurde ihm von dieser Firma mit 22 Pf. pro Meter in Rechnung gestellt. Verbrauchspreise, die anderwärts per Gros 22 M. kosten, mußte B. seinem Arbeitgeber mit 30 M. zahlen, ebenso Vermittlungskosten im Werte von 17 M. mit 21 M. dazu. Die sogenannten Verkaufspreise hatte B. nach dem Vertrag auf das äußerst niedrige Preisniveau abdrängen, wovon dann zum Übertrug die Firma noch 3 Proz. Stonto in Abzug brachte. Dabei hatte sich B. verpflichtet, nur für die Firma Hammel u. Rosenfeld zu arbeiten bzw. zu liefern und für jeden Übertragungssatz 100 M. Stonto zu zahlen, die sich die Firma in Abzug bringen durfte. Mit Hand und Haaren hatte er sich dieser Firma ausgeliefert. Wenn B. beispielsweise für 1000 M. Ware lieferte, so gingen in der Regel zunächst circa 800 M. für Material von dieser Summe ab, außerdem aber noch 3 Proz. Stonto von der ganzen Summe, wodurch B. doch schon das Material viel zu teuer bezahlt hatte. Dem B. verblieben in diesem Falle also noch ganze 170 M., wovon er seine Hilfskräfte entzahlen, Werkzeuge, Licht, Belebung, Stepperei, Lohn, Kleiner usw. bezahlen, aber auch selber mit seiner Familie noch leben sollte. Unter diesen Umständen war es natürlich kein Wunder, wenn der Zwischenmeister weiter mehr in Vorschuß geriet und schließlich eine sogenannte blonde Woche erlebte, wo er überhaupt kein Geld mehr erhielt und demzufolge auch seine Hilfskräfte nicht mehr bezahlen konnte. Vielleicht war es gut für ihn, doch er nichts zum Zuhören hatte. Beklommen ihm doch selber oft taumelte mehr als 20 M. für die Woche, so daß die Frau des B. als Schneiderin den größten Teil des Lebensunterhalts für die Familie zu verdienen gezwungen war. Den Profit aber hat in diesem wie in ähnlichen Fällen struppellos die Firma Hammel u. Rosenfeld eingejagt. Was kümmert sie es, ob die Arbeiter für eine 80- bis 90stündige Arbeitswoche Lohn bekommen, was kümmert sie es, ob der Zwischenmeister zu leben hat? Sie lebt und führt ganz gut dabei, sie lebt billig, ist leistungsfähig, schlägt bei dem Geschäft als die reellsten Fabrikanten. Was findet es, wenn der Fabrikantenvorstand solche Verhältnisse vorstellt, es, doch durch solche Machinationen die Offenbacher Lederwarenindustrie in Verlust gebracht wird? Geschäft ist Geschäft und moralische Bedenken wären dabei nicht am Platze. Nach uns die Sinsflut!

Mit dem Zwischenmeister B. ist die Firma Hammel u. Rosenfeld fertig, aber sie hat noch andere zur Strecke zu bringen und manchen lohnt gar zu sehr das Kürtenbild: „Eine Lederware.“ Mancher wird darum auch noch davon glauben müssen; er macht sich „selbständigt“, um der unfehlbarkeit des Lederwaren- resp. Fabrikatiers. Dies findet es, wenn der Fabrikantenvorstand dabei bestätigt wird, was verschlägt es, doch durch solche Machinationen die Offenbacher Lederwarenindustrie in Verlust gebracht wird? Geschäft ist Geschäft und moralische Bedenken wären dabei nicht am Platze. Nach uns die Sinsflut!

Mit dem Sattlermeister B. ist die Firma Hammel u. Rosenfeld fertig, aber sie hat noch andere zur Strecke zu bringen und manchen lohnt gar zu sehr das Kürtenbild: „Eine Lederware.“

Mancher wird darum auch noch davon glauben müssen; er macht sich „selbständigt“, um der unfehlbarkeit des Lederwaren- resp. Fabrikatiers.

Dies findet es, wenn der Fabrikantenvorstand dabei bestätigt wird, was verschlägt es,

wie es durch solche Machinationen die Offenbacher Lederwarenindustrie in Verlust gebracht wird?

Geschäft ist Geschäft und moralische Bedenken wären dabei nicht am Platze.

I. F.

## Hamburger Brief.

II.

Das Sattlergewerbe ist in Hamburg von ganz geringer Bedeutung. Außer einigen Treibriemenfabriken und einer Kofferfabrik in Altona sind am Oste nur einige kleine Wagen- und Autobetriebe, außerdem noch Kleinmeister. Die Arbeitsgelegenheit ist also ziemlich beschränkt. Insgesamt sind hier wohl an 500 Sattlergehilfen beschäftigt. Hierzu entfallen auf die Treibriemenfabriken circa 170 Kollegen inkl. 40 Hilfsarbeitern, die bei acht Firmen beschäftigt sind. Mit vier Firmen hat unser Verband ein Tarifverhältnis abgeschlossen. Der Durch-

mittellohn für sämtliche bei den acht Firmen beschäftigten Sattler und Hilfsarbeiter beträgt circa 30 M. Die Allordarbeiter ergieben einen annehmbaren Verdienst, während die Lohnarbeiter meist unter dem Durchschnitt entlohnt werden. Der Stellenwechsel läßt erkennen, daß die Fabrikanten das Betreiben haben, ihren Arbeitern zu versüßen. Wenn man bedenkt, daß der Tarif einen Einstellungslohn von 26 M. vorstellt, der noch 14 Tage auf mindestens 27 M. erhöht werden muß, und den erwarteten Durchschnittslohn gegen den unten aufgestellten Haushaltsetat aufrechnet, so kommt man zu dem Schluss, daß die Hamburger Treibriener nicht aus Rosen gebettet sind.

Die Innungsgegenden machen die nachgeführte Zahl unserer höchsten Kollegenschaft aus, nämlich circa 130, einschließlich der in der Abendschule ausgebildeten beschäftigten 30 Kollegen. Es wurde vor zwei Jahren auf Antrag des Gesellenausschusses einer Innungsversammlung beschlossen, die neunstündige Arbeitszeit einzuführen und den älteren Gehilfen mindestens 50 Pf. Stundenentlastung zu zahlen. Der Beischluß in bezug auf die Arbeitszeiten ist dann auch ziemlich durchgeführt. Betreffs des Lohnes bleibt es aber bei dem Beischluß. Der Höchstlohn beträgt 37 M. pro Woche, doch sind es nur wenige Kollegen, welche über 30 M. verdienen. Der niedrigste Lohn beträgt 21 M. In einigen Werkstätten hat sich auch noch die schöne Sitten erhalten, Überstunden ohne Bezahlung zu leisten. Die Zuschläge zu den Überstunden werden von den wenigsten Meistern bezahlt, „der Koi gehorcht, nicht dem eigenen Trieb“. Versuche, den schon gezahlten Lohn zukürzen, sind an der Tagessordnung. Der Beischluß ist nicht erheblich und wer eine Stellung nimmt, muß umschaut gehen. Dieser Lebensstand wird auch vom Innungsnachwuchs gefördert, indem der Nachweisschreiber den vorschreitenden Arbeitslosen nach irgendeinem Meister hinzuht, ganz gleich, ob der Betrieb einen Gehilfen braucht oder nicht. Die Einstellung erfolgt gewöhnlich, nachdem der Gehilfe fragt ist: „Können Sie dies, können Sie das, können Sie jenes?“ Meist auch mit dem ominösen Satz: „Welt wie 24 M. (höchstens 27 M.) gebe ich nicht aus!“ Es gibt Meister, die für diesen, für Hamburg minimalen Lohn, ganz erstaunliche Ansprüche an einen Gehilfen zu stellen wagen. Wer die Hamburger Verhältnisse kennt, sagt dann einfach: „Es wäre ja für Sie ganz schön, wenn Sie dafür einen Gehilfen bekommen!“

Die Werkstattmeister haben unsere Meister fast gar kein Verständnis. Sehr wenige Werkstätten gibt es hier, die den Anforderungen, die man an eine Werkstatt stellen sollte, entsprechen. Die Gewerbeinspektion drückt mal das eine, mal das andere Auge zu, vergibt aber dabei, das eine oder andere Auge wieder aufzumachen und es bleibt, wie es ist. Durch den Abbruch der älteren Gebäude ist zwar schon etwas Neudrum geschaffen. Der einzelne hat an Raum gewonnen, nur der Schmied ist geblieben.

Der Rückgang des Kleingewerbes ist unbekannt. Die Zentralisierung des Fuhrwesens in Großbetrieb, die starke Ausdehnung des Automobilfuhrwesens und die zahllosen Fabriken unseres Gewerbes lassen den Kleinmeister fast nur noch die Reparaturen, und es sind schon Anfänge vorhanden, auch diese selbstmächtig auszuführen. Die Großbetriebe haben vielfach ihre Betriebs- resp. Fabrikatieri. Dies sind wohl an 100 Kollegen, welche aber fast ausnahmslos den Verbänden ihres Betriebes angehören müssen, da die Tarifverträge vielfach so abgefaßt sind, daß sie nur für die in den betreffenden Verbänden organisierten Arbeiter Gültigkeit haben.

Die Kollegen der Kleinarbeitelbranche haben im letzten Jahre schon verschiedentlich einen Bericht in unserer Zeitung veranlaßt. Es sei nur erwähnt, daß der Lohn sich ebenfalls um 30 M. herum bewegt. An 40 Kollegen sind in drei Betrieben beschäftigt.

In der Wagen- und Autobranche sind ebenfalls circa 40 Kollegen beschäftigt. Hier ist der Lohn durch eine Bewegung im Frühjahr wesentlich gestiegen. Es sind nur kleine Betriebe und der Stellenwechsel ist gering. Der Stundenlohn beträgt 60 bis 70 Pf.

Das Portefeuilleshandwerk ist hier auch mit circa 10 Kollegen vertreten. Der Lohn bewegt sich zwischen 25 bis 36 M. pro Woche.

Somit sind noch einige kleine Betriebe der Segelzubehör-, Turnergeräte- und Laufgerätebranche am Oste. Wohl an 20 Kollegen sind dabei beschäftigt, deren Verdienste sich den übrigen anpassen.

Durchweg besteht die neunstündige Arbeitszeit am Oste, nur in wenigen Betrieben beträgt sie noch 9½ Stunden. Nach einer im Dezember 1912 aufgenommenen Statistik, an der sich allerdings nur 226 Kollegen beteiligen, betrug der Durchschnittslohn für Sattler 29,94 M. Der Innungsverband gab im Frühjahr 1912, ausdrücklich einer Erhöhung mit dem Gesellenausschuß, den Durchschnittslohn der Innungsgegenden mit 25,50 M. an. Man möge diese Zahlen mit nachfolgendem Stat. vergleichen.

Eine vierköpfige Sattlerfamilie sind pro Jahr in Hamburg etwa folgende Ausgaben zu machen:

1. für Ernährung, Licht und Heizung pro Woche 22 M.	52	96,-
2. für eine 2-Zimmerwohnung mit Küche, Kloset, Bodenbahn evtl. Keller . . . . .	320,-	
3. für Kleidung, im Durchschnitt . . . . .	100,-	
4. für Schuhzeug, im Durchschnitt . . . . .	65,-	
5. für Fahrgeld zur Arbeitsstätte . . . . .	31,20	
6. für Leibesgeflügel des Mannes . . . . .	28,00	
7. für Sozialversicherung 55,12. Jubiläum . . . . .	10,40	96,72
8. für Vergnügungen . . . . .	20,-	
9. für unvorhergesehene Ausgaben . . . . .	50,-	
10. für Steuern . . . . .	7,50	
<b>Summa</b>		<b>1.863,02</b>

Für die Versendung unter 1 sind die Preise des Monumbersatzes "Produktion" zugrunde gelegt. Werden die Waren beim Kleintaufmann entnommen, erhöht sich die Summe um zirka 5 Proz. Der unter 2 genannte Betrag stellt ja ziemlich das Bedürfnis dar, was für eine solche Wohnung gezahlt werden muss. Für Kleidung ist der Durchschnittsbetrag von zwei Jahren berechnet, desgleichen für Schuhzeug. Kleine Reparaturen werden selbst gemacht. Das Fahrgeld ist für 300 Tage berechnet, und zwar nur zur Fahrt nach der Arbeitsstätte. Man kann in Hamburg für 10 Pf. eine Weißware von  $\frac{1}{2}$  bis  $\frac{3}{4}$  Stunden fahren. Das heißt, ein Weg, den man in dieser Zeit zu Fuß zurücklegen würde, kostet Fahrgeld nicht 55 Pf. pro Woche, und zwar für 1 Glas Bier und 2-3 Zigaretten oder dergleichen. Ab 1. Januar 1914 müssen unsere Kollegen in der Latschenfassade beschäftigt sein. Der Beitrag für den Arbeitnehmer beträgt 1,06 M. Man kann sich allerdings vom Beitrag befreien lassen, indem man einen Auftrag stellt und sich in der Hilfsklasse das dem Grundlohn entsprechende Krankengeld überträgt. Jedoch wird der größte Teil unserer Kollegen es vorziehen, sich doppelt zu verhören. An Vergnügungen sind die drei Vergnügungen unserer Filiale gedacht, für jedes 5 M. Das übrige wird berechnet für den Besuch von Vorträgen und Theater. Unter 9 sind eventuell Umzug, Todesfall im Verwandten und Kollegenkreis, Neuanschaffungen im Haushalt usw. gedacht. Die Steuer beträgt 15 M. bei 1.500 M. Einkommen und wird bei einer vierköpfigen Familie um 50 Proz. ermäßigt.

Jeder, der die Hamburger Verdächtigkeit kennt, wird zugeben, daß von obiger Berechnung nichts mehr abgeträgnen werden kann. Hat doch das Statistische Amt schon vor Jahren rechnet, daß für eine vierköpfige Familie ein jährliches Einkommen von 2.200 M. erforderlich ist. Diese Zahlen sagen uns, daß wir uns das nicht leisten können, was wir zur ausreichenden Ernährung benötigen. Demzufolge leiden die bisherigen Sattler an Unternahrung. Den Schaden davon hat auch der Unternehmer, denn ein schlechtenmäherischer Arbeiter ist nicht so leistungsfähig wie der besser genährte. Einen eventuell erzielten Rechtsvorteil gibt der Arbeiter immittelbar für seine Bedürfnisse aus, so daß die ganze Verdächtigkeit sich dadurch heben würde. Hier tritt die Durchdringlichkeit unserer Unternehmung traurig zutage. Die Meister weiterhin nicht schlecht gegen die steigenden Bedürfnisse der Arbeiter und den um sich greifenden Luxus, während sie in ihren Läden fast nur Luxusgegenstände verkaufen.

Die Hamburger Unternehmer mögen endlich begreifen: „Hat der Arbeiter Geld, hat es die ganze Welt!“ Arthur Drusenthal.

## Aus Industrie und Handel.

Die Automobilindustrie kann laut der vorliegenden Geschäftsbücher einiger Aktiengesellschaften auf ein ertragreiches Jahr zurückblicken.

Die Firma Benz u. Cie. Mannheim hat in den letzten drei Geschäftsjahren ein Nettogewinn erzielt:

1910/11 . . . . .	2.012.776	9 Proz. Dividende
1911/12 . . . . .	4.445.402	10 "
1912/13 . . . . .	6.288.145	12 "

Über die Geschäftslage macht die Verwaltung folgende Mitteilungen:

Die Wiederauflnahme des Flugmotorenbaues läßt auf ein gutes Resultat in diesen nunmehr seienweise hergestellten Motoren rechnen, das schon dem laufenden Geschäftsjahr zugute kommen wird. Der Motorbau in der alten Fabrik wie der Autowagenbau in Gaggenau verzeichnen wieder eine erfreuliche Entwicklung und müssen durch kleinere Bouens erweitert werden. In den Benzwerken Gaggenau wurden alle Spezialzweige erfolgreich ausgebaut. Diefer Abteilung kommen von einer Linie zahlreiche und große Lieferungen an in- und ausländische Militärverwaltungen zu. Auch brachte ihr das Betreiben größerer Städte, einzelne Zweige ihrer Verwaltung zu automobilisierten, er-

hebliche Aufträge. Einen noch stetig wachsenden Umlauf hat insbesondere das Geschäft im Automobil. Feuerlöschgeräte angenommen. Im Hinblick auf den Stand der gesellschaftlichen Technik und den Ausbau der Verkaufsorganisation über die ganze Welt, hofft die Verwaltung, von Komjunkturveränderungen möglichst wenig berührt zu werden und auch im laufenden Geschäftsjahr einen guten Erfolg erzielen zu können. Die Arbeiten und Beamtenten sämtlicher Werke haben die Zahl 7000 weit übertritten.

Die Adressenliste, vom Heinrich Kiever A.-G. in Frankfurt a. M., berichtet anlässlich der Erhöhung des Aktienkapitals um 5 Millionen Mark, daß das Unternehmen in allen Zweigen am bestätigt sei. Zu München und Stuttgart seien Gründünde erworben worden, auf denen für die Aktien an diesen Plätzen eigene Weisheitsloslösungen mit Garantie erwart werden.

Eine neue Gründung ist die Neue Automobil-Gesellschaft in Berlin, die zum Konzern der A. G. G. gehört, und am 30. Juni ihr ersten Weisheitslohschein beobachtet hat. Sie verteilt auf 7 Millionen Grundkapital 6 Proz. Dividende. Die Gesellschaft besteht bereits in verschiedenen Großallianzen.

Die Motorrennwerke A. Dorch u. Co. A.-G. in Würzburg, erreichten nach reichlichen Abschreibungen im Vorjahr 15 Proz. Dividende. Bezüglich der Aussichten wird mitgeteilt, daß der größte Teil der Jahresproduktion bereits verlaufen beziehungsweise durch Lieferungsverträge verhüllt ist.

Die Daimler-Motorenwerke in Untertürkheim hatten ihre Preise für Mercedes-Motorwagen um 5 bis 10 Proz. erhöht, was darin zu suchen sei, daß die Weisheitslösung in Daimler-Motorenwerk sich legitim stark abgesetzt habe. Die Neue Auto-Gesellschaft Berlin und die Adlerwerke Frankfurt erklären dazu, daß für sie keine Veranlassung vorliege, eine Preisermäßigung einzutreten zu lassen, da sie gut bestätigt seien, ja die letztere Firma erklärt, daß sie mit Aufträgen in Automobilen stark beschäftigt, man könne sagen: überhäuft sei.

**Dividendenverhöhungen im Waggonbau.** Die Waggonfabrik A. G. Rathgeber A.-G. München-Wilhelmsdorf hat erst kürzlich ihr Aktienkapital um 2½ Millionen Mark erhöht. Seit 1911 Aktiengesellschaft, verteilt sie 1911/12 eine Dividende von 6 Proz., 1912/13 von 8 Proz. „Für das laufende Jahr liegen ausreichende Aufträge vor, die ein befriedigendes Ergebnis erwarten lassen.“

Die Südbahn-Waggonfabrik Werdau A.-G. berichtet, daß trotz des Preisrückgangs und der Konkurrenzverstärkung das Ergebnis für das Geschäftsjahr 1912/13 günstig sei, was aber nur der wesentlichen Steigerung der Leistungsfähigkeit zu danken sei. Es wird eine Dividende von 20 Proz. im Vorjahr 18 Proz. verteilt. Für das neue Geschäftsjahr liegen Aufträge vor hauptsächlich von den südlichen Staatsseisenbahnen.

Die Waggonfabrik A. G. A. G. in Heidelberg verteilt wie im Vorjahr 9 Proz. und hat das Aktienkapital um eine Million Mark erhöht.

Die Hannoversche Waggonfabrik A.-G. verteilt 10 Proz. im Vorjahr 8 Proz.

Die A.-G. für Fabrikation von Eisenbahnmaterial zu Görlitz verteilt 9 Proz. im Vorjahr 6 Proz.

Die Waggonfabrik Herdingen verteilt 12 Proz. im Vorjahr 7 Proz.

**Kartellsbestrebungen in der Ledertreibriemenfabrikation.** In den Kreisen der Ledertreibriemenfabrikanten Deutschlands waren vor einiger Zeit Vereinbungen eingetragen worden, die auf die Gründung eines Preiskartells hinzielten. Es sollten nicht nur die mit dem Verbandsstempel versehenen Ledertreibriemen, sondern ganz im allgemeinen Mindestantreife vereinbart werden. Da in den Kreisen dieser Fabrikanten eine genügende Vereinigung nicht zu erreichen war, trat man an die Ledersortenfirmen mit dem Anhänger heran, sich zu verpflichten, nur die Treibriemenfabrikanten Leder zu liefern, die sich an der Preiskonvention beteiligen. Man stieß aber damit auf Widerstand, und bisher haben die Bestrebungen noch zu keinem greifbaren Erfolg geführt. Wohl aber sind in den Kreisen der Niemenlederfabrikanten Zusammenschlußbestrebungen eingesetzt worden.

**Die rheinische Sattler- und Lederverwarenindustrie 1913.** Nach den Berichten der Handelskammer für die Kreise Eissen, Mülheim-Ruhr und Oberhausen waren die Abholverhältnisse in der Herstellung von Ledertreibriemen im Geschäftsjahr mindestens ebenso zufriedenstellend, wie im Jahre 1912. Im letzten Vierteljahr hat jedoch die Nachfrage infolge des Rückgangs in der Eisenindustrie erheblich nachgelassen. Es wird vielfach darüber gestagt, daß die Preise nicht entsprechend den geistigen Preisen für die Rohwaren und den teilweise um zirka 10 Proz. erhöhten Löhnen hätten aufgewertet werden können.

Die Hersteller von technischen Lederrarbeiten, Reit- und Fahrgefäßen, Reise- und Militäreffekten haben bis zum Herbst des Geschäftsjahrs ein reges Geschäft zu verzeichnen gehabt; von da ab ist ein Abflauen der Nachfrage zu verzeichnen gewesen mit Ausnahme der Militäreffekte, für die die Nachfrage noch zunommen hat. Der Verbrauch von Pferdegeschäften ist zurückgegangen, wird durch die immer mehr zunehmende Verwendung von Automobilen seitens Privater immer geringer. Die Preise im Auslande waren für alle Artikel dieser Branche infolge des Wettbewerbs von Ländern, in denen, wie in Frankreich und Ungarn, die Arbeitskräfte erheblich niedriger sind als in Deutschland, sehr günstig. Zu München und Stuttgart seien Gründünde erworben worden, auf denen für die Aktien an diesen Plätzen eigene Weisheitslösungen mit Garantie erwartet werden.

## Aus anderen Organisationen.

Der nächste Gewerkschaftstag wird vom 22. bis 27. Juni d. J. in München stattfinden. Der Verband der Lederarbeiter beruft seine Generalversammlung auf den 10. Mai und folgende Tage nach Berlin ein. Auf der Tagessordnung steht u. a. Die Volksfürsorge, Errichtung eines internationales Sekretariats der Handelskammer und Lederarbeiter, Zeichnung der Gehälter und Remunerations. — Der Verband der Blumenarbeiter ist mit Beginn dieses Jahres zum Verband der Arbeitnehmer übergetreten. Der Bauarbeiterverband führt ab 2. Januar eine genaue Zählung der arbeitslosen Verbandsmitglieder ein. Jedes einzelne leblose Mitglied muß persönlich bei der zuständigen Meldepolizei eine Kontrollkarte in Empfang nehmen und sich mindestens dreimal die Worte merken. Wer diese Verpflichtung verläßt, wird als in Arbeit befindlich gehandelt und mit Beiträge belastet. — Die wirtschaftliche Krise hat auch den Stand der Gewerkschaften ungünstig beeinflußt. Wenn sie auch allgemein ihre Mitgliedszahl behaupten können, so haben doch von den 49 für das 3. Quartal berichtenden Verbänden 19 einen Mitgliedsrückgang aufzuweisen. Die 49 Verbände zählen am Schlusse des 3. Quartals 1912 2.595.339 Mitglieder. Dagegen am Schlusse des 3. Quartals 1913 nur 2.575.662 Mitglieder. In seinem Jahresrückblick lädt das „Correspondenzblatt der Gewerkschaften“ zum Schluß:

„Die heimende Arbeitslosigkeit wird auch dem kommenden Jahr ihren Stempel aufdrücken. Aber Vorausicht nach geben mir einer neuen Krise, wenn auch vielleicht von surgerer Seite entgegen. So drückend ihre Wirkungen besonders in den Kreisen der Arbeiter empfunden werden, so muß doch auf neue eingeschwärzt werden, daß in solchen kritischen Zeiten ein vorsichtig abgewogenes Vorgehen der Arbeitersorganisationen, bei dem Einmütigkeit auf allen Punkten der Kampfslinie herrschen muß, doppelt notwendig ist. Den wachsenden Anforderungen prächtiger Kämpfe wird die Schaffung einer zentralen Streikunterstützung durch den diesjährigen Gewerkschaftstag Rechnung tragen, so daß, wenn solche Kämpfe uns aufgezwungen werden, auch ihr Erfolg durchgurzt werden kann. So können wir auch die dutschewölften Zukunft getrost ins Auge schauen und alle Kräfte für die weitere Stärkung unserer Organisation aufwenden, denn nur in diesem Zeiten werden sie siegen!“

Der „Zimmerer“ schlägt seinen Jahresrückblick mit einer zeitgemäßen Wahrung an die Mitglieder, sich mehr an den Organisationsarbeiten zu beteiligen. Es sagt u. a.:

„Die Zahl der wirklich tätigen Mitglieder in den Organisationen ist eine sehr geringe; das Gros der Mitglieder hat sich leider viel zu lange von jeder Tätigkeit fernzuhalten und dadurch unzureichend und unbefriedigend zu tun. Soll eine Organisation gut funktionieren, dann kann ihre Leitung der Mitwirkung der Gesamtheit der Mitglieder nicht entraten. Je stärker diese Mitwirkung auch nach außen in die Erscheinung tritt, desto mehr wird es gelingen, den Willen, das Streben der Gesamtheit, der Masse, in die Tat umzusetzen. Wo Leitung und Mitgliedschaft in steter Auseinandersetzung stehen, werden Störungen unübersehbar sein, mit tiefe Teile oftmal recht unangenehmen Folgen vermeiden. Wie sich die Leitung einer Organisation streng bemühen hat, die Arbeits- und Lebensbedingungen der Mitglieder möglichst bis ins kleinste Detail zu erfordern, um sie bei ihren Handlungen zu würdigen, so hat sie aber anderseits — und mit ihr die Gesamtmitgliedschaft — sich auf das genaueste darüber zu unterrichten, inwieweit bei gelegentlichen Zusammenstößen mit dem Gegner sich die Wünsche und Forderungen auf Verbesserung der Lebenshaltung realisieren lassen. Ein solches Zusammenarbeiten verbietet unerlässliche Hoffnungen, es schlägt Widerstände möglichst aus und entzieht der Unzufriedenheit gegen die Organisation den Boden. Eine



## Alle Kollegen und Kolleginnen der Lederwaren-, Auto- und Militäreffekten-industrie haben die Pflicht, allwöchentlich die Fragekarten zur Statistik auszufüllen.

ist, hebt die Handelskammer zu Mühlhausen i. Thür. hervor. Sie schreibt darüber u. a.: „Wenn der Angestellte oder Arbeiter verpflichtet ist, sein Einkommen nach Pflicht und Gewissen zu deklarieren, so darf seine Erklärung nicht einer Kontrolle auf Grund desjenigen Prinzips unterworfen werden, der dadurch zum Agenzia des Justus gestempelt und zum Angeber herabgewürdigt wird, während andererseits der Angestellte sich als Steuerzahler zweiter Klasse fühlen muss, dessen Erklärung grundsätzlich unglaublich erscheint. Abweichung zwischen der Selbststeinschätzung und den Dokumenten, welche zum Beispiel bei der Bewertung von Naturalbezügen denkbare sind, würden leicht den Verdacht der Steuerhinterziehung aufkommen lassen und jedenfalls zu unerträglichen Nachforschungen durch die Steuerbeamten führen, welche unserem Volkscharakter durchaus widrige sind.“ Es wäre gut, wenn die Regierungen und die Parteien, die diese Ausnahmebestimmungen geschaffen haben, sich diese sehr vernünftigen Worte merken würden.

### Einstellungen der Verwaltungsbüros in den Monaten November und Dezember 1913.

	Mr.	Mr.	
Dresden	1100,-	Köln	250,-
Elberfeld	218,19	Königsberg	120,-
Frankfurt a. M.	400,-	Leipzig	600,-
Hamburg	800,-	Offenbach	8000,-
Hannover	168,50	Stuttgart	500,-
	550,-		

Alfred Niedel, Hauptklassierer.

### Bekanntmachung des Centralvorstandes.

Wir machen wiederholt die Ortsverwaltungen darauf aufmerksam, daß die gelben Berichtskarten für die Arbeitslosenzählung bestimmt bis zum 10. Januar eingehandelt werden müssen.

### Auszahlung der Arbeitslosen- und Krankenunterstützung.

Wir bitten die Ansässiger der Unterstüttungen, zu beachten, daß die auf den Scheinen vorgegebene Rubrik über die Höhe des Verdienstes nicht mehr auszufüllen ist.

Der Vorstand.

### Sterbetafel.

Offenbach a. M. Am 24. Dezember verstarb unter langjähriges Mitglied der Portefeuillier-Pantheon Hans im Alter von 40 Jahren.

Hechenheim. Am 22. Dezember starb unser Kollege Heinrich Groß. Anwälter, im Alter von 48 Jahren an Herzleiden.

Leipzig. Am 30. Dezember verstarb unser Mitglied Thomas Praeschel im Alter von 48 Jahren.

Erneut ihrem Andenken!

### Adressenänderungen.

Braunschweig. R. Johannes Schadu, Wollmarkt 17.

Bwidow i. Sa. K. Bruno Dietrich, Elsässer Straße 47 vor.

### Veranstaltungskalender.

Braunschweig. Mittwoch, den 14. Januar, abends 8½ Uhr, Volkshaus.

Braunschweig. Dienstag, den 13. Januar, abends 8½ Uhr, Gewerbehause.

Bremen. Sonnabend, den 17. Januar, abends 8½ Uhr, Gewerbehause.

Düsseldorf. Samstag, den 17. Januar, abends 8 Uhr, Kaiserinstraße 65.

Erklangen. Sonntag, den 11. Januar, nachmittags 4 Uhr, „Goldener Hecht“.

Dießenheim. Sonntag, den 11. Januar, vormittags 14½ Uhr, Jahresversammlung am „Engel“.

Frankfurt-Main. Mittwoch, den 14. Januar, abends 8½ Uhr, im S. Hall des Gewerbehause.

Karlsruhe. Samstag, den 17. Januar, abends 8½ Uhr, „Volutabau“.

Kiel. Dienstag, den 13. Januar, abends 8½ Uhr, Gewerbehause.

Konstanz. Samstag, den 17. Januar, abends 8½ Uhr, „Kloßbäuerl“.

Mannheim. Samstag, den 17. Januar, abends 8 Uhr, zur Vergirohe S 4.

Nostadt. Sonnabend, den 17. Januar, abends 8½ Uhr, in der „Philharmonie“.

## ANZEIGEN

Zentral-Krankenkasse der Sattler, Portefeuillier u. Berufsgenossen Deutschlands, V. a. G. (früher E. H. Ur. 64) zu Berlin.

### Bekanntmachung.

Die neue Satzung ist im Druck erschienen und allen Ortsverwaltungen in ausreichender Anzahl zugänglich worden. Wir machen nun die Ortsverwaltungen darauf aufmerksam, daß jedem Mitglied ein Exemplar der Satzung auszuhändigen ist. Wir ersuchen auch, die erfolgte Aushändigung jedem Mitgliede in diesem Mitgliedsbuch zu vermerken. Ohne diese Vermerkung darf keine Satzung ausgehändigt werden.

Auch die in unserem Rundschreiben vom 22. Dezember anvisierten neuen Zahlentabellen sind erschienen und auch den Ortsverwaltungen bereits übermittelt worden. Sollten in einzelnen Verwaltungen weitere Exemplare dieser Tabellen benötigt werden, so bitten wir, dieselben bei dem Unterzeichneten einzufordern.

Die Ortsverwaltungen ersuchen wir ferner, die Namen der auf Grund des Frankfurter Generalversammlungsbeschlusses zu einer höheren Klasse übergetretenen Mitglieder mit Angabe der Buchnummer und Klasse, in welche dieselben übergetreten sind, bis zum 2. Februar d. J. auf einem besonderen Blatt

einzufinden. Spätere Meldungen werden nicht berücksichtigt.

Berlin, den 3. Januar 1914.

Der Vorstand.

J. A. Wilhelm Giese, Vorsitzender.

### Quartalsversammlungen.

Tagesordnung: 1. Abrednung vom 4. Quartal, 2. Neuwahl des halben Vorstandes, 3. Belohnung der neuen Satzungen, 4. Verschiedenes.

Chebny. Sonnabend, den 10. Januar, abends 8½ Uhr, im Restaurant Goethegarten, Zwingerstraße.

Bremen. Montag, den 12. Januar 1914, abends 8½ Uhr, im Gewerbehause.

Dresden. Sonnabend, den 17. Januar, 14½ Uhr abends, im „Volkshaus“, Zimmer 15.

Nürnberg. Samstag, den 17. Januar 1914, abends 8 Uhr, in der Restauratur Sebold, Ecke Wiesenstraße und Hummelsteinerweg.

Mülheim-Ruhr. Samstag, den 17. Januar, abends 8½ Uhr, Dingbergstraße.

### Ortskrankenkasse der Buchbinderei und verw. Gewerbe zu Berlin.

Die neuen Satzungen, nach den Bestimmungen der Reichsverordnungsordnung, haben am 5. Dezember 1913 die Genehmigung des Rgl. Oberverwaltungsamtes Groß-Berlin erhalten und sind am 1. Januar 1914 in Kraft getreten.

Druckexemplare können von den Mitgliedern im Bureau der Kasse, Straßauer Straße 7/9, 2. Etage, in den Stunden von 8—1 Uhr in Empfang genommen werden.

R. Götschmann, Vorsitzender.

### Tüchtiger selbstständiger

## Portefeuillier

auf Reisegepäck und Einrichtungen durchaus perfekt, findet dauernde und angenehme Stellung bei

Superba-Werke C. Lohmann,  
Bielefeld.

Ein tüchtiger Portefeuillier zu sofortigen Eintritt gefüllt. Offerten unter 624 an die Expedition dieser Zeitung.

### Königswusterhausen,

dicht am Markttag, zum 1. 4. 14 zu vermieteten Läden mit Wohnung, Zubehör. Seit 30 Jahren eine Sattlerbetrieb betrieben.

Vohmeier'sche Erben.

**Karl Eichhoff, Berlin SW. 16,  
Neanderstr. 18**

Spezial-Geschäft  
für Sattler und Portefeuillier

empfiehlt seine Spezialartikel:

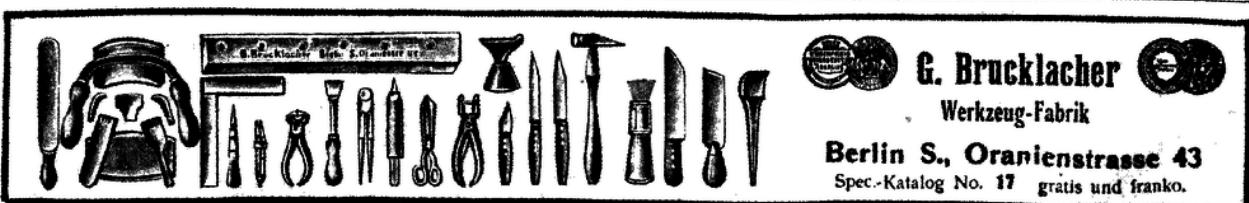
Kleiderstücke, Buchbinderei- und Lederteile, Pack, Anilinfarben, Fischlein, Wienerpapp usw.

Die besten Werkzeuge für Sattler, Portefeuillier und Tapezierer liefert als Spezialität

**Bruno Steffen, Berlin SW. 19,  
Lindenstr. 63**

Begründet 1880.

Preislisten S. P. gratis und franko.



G. Brucklacher

Werkzeug-Fabrik

Berlin S., Oranienstrasse 43  
Spec.-Katalog No. 17 gratis und franko.